

# Angriff des Agrobusiness auf den Amazonas

Das Gesetz zur Biodiversität schwächt die Rechte indigener Gemeinschaften und bäuerlicher Familien

Gleich mehrere Gesetzesprojekte sollen in Brasilien der Pharma- und Kosmetikindustrie den Zugang zum Amazonasgebiet erleichtern. Der Widerstand dagegen von Indigenen und traditionellen Gemeinschaften konnte bei einem ersten Gesetzesprojekt wichtige Veränderungen im Gesetzesentwurf durch Protestcamps und Diskussionen mit den Mitgliedern des Senats (Oberhaus) erreichen. Am 27. April haben die Abgeordneten des Parlaments nun auch darüber entschieden und wie befürchtet einige der Veränderungen wieder zurückgenommen. Ein zweites Gesetzesprojekt, das noch auf dem Weg ist, soll die in der Verfassung von 1988 garantierten Schutzgebiete für indigene Gemeinschaften neu definieren: es ist zu erwarten, dass diese verkleinert werden.



MONTAGE: ANDRÉ KOEHNE

**W**er in den letzten Monaten Drogerien und Bioläden in Deutschland besucht, wird bemerkt haben, dass dort immer häufiger „natürliche“ Kosmetik und Lebensmittel mit der tropischen Frucht Acai angeboten werden. Auch als Diätmittel werden Produkte mit der Beere im Internet angeboten. Dieser neue Trend ist nur der Vorbote eines systematischen Angriffs der Pharma- und Kosmetikindustrie auf die natürlichen Ressourcen des Amazonasgebiets und anderer Naturreservate in Brasilien. Dass diese Produkte dann in Deutschland vor allem in ökologisch orientierten Kontexten angeboten werden, entbehrt nicht des Zynismus. Inzwischen zeigt die Zerstörung des Regenwalds im Amazonasgebiet (18 Prozent wurden abgeholzt und 29 Prozent gelten als geschädigt) bereits innerhalb von Brasilien Konsequenzen. Durch die Verkleinerung des dauerfeuchten Regenwaldes steigt weniger Wasserdampf auf, der dann über den Küstengebieten abregnet, dies ist die wichtigste Ursache für die anhaltende Dürre im Staat von São Paulo, der mit drastischem Wassermangel für große Kreise der Bevölkerung einhergeht. Der Wassermangel hat bereits zu ersten Revolten geführt. Vor allem das Agrobusiness in Brasilien hat einen sehr hohen Wasserbedarf und ist zugleich immer noch eine der Hauptexportbranchen.

Dass in Zeiten von Hyperliquidität aufgrund der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und Minizinsen für Staatsanleihen das Kapital weiter nach neuen Anlagesphären sucht, sollte nicht verwundern. Es gibt für den neuen Angriff von Agrobusiness, Pharma- und Kosmetikindustrie auf die natürlichen Ressourcen in Brasilien aber auch einen nationalen Aspekt: Die zweite Regierung von Dilma Rousseff seit Januar

VON JÖRG NOWAK

2015 ist so konservativ wie keine seit der ersten Amtszeit von Lula ab 2003. Kátia Abreu, die neue Ministerin für Landwirtschaft, war lange Zeit Vorsitzende des Verbandes der Großgrundbesitzer und hat noch vor wenigen Jahren mit SklavInnenarbeit auf einer ihrer Farmen Geld verdient. Dieses konservative Kabinett ist Resultat der schwachen Ergebnisse von Rousseff bei den letzten Wahlen, der Schwäche der PT in der Koalition und eines Rechtsrucks, der auf die Proteste von 2013 folgte: Da es nur wenige organisierte Kräfte auf der Linken gibt, die die Unzufriedenheit mit der Regierung von Dilma Rousseff artikulieren können, profitiert vor allem die Rechte. Und sie lässt diese Gelegenheit nicht ungenutzt. Parallel zu den Verhandlungen über das Gesetz um Biodiversität wurde am 22. April 2015 ein Gesetz über prekäre Beschäftigung angenommen, das im August 2013 unter dem Eindruck der Proteste noch von der CUT und anderen Gewerkschaften verhindert werden konnte. Es ist aber auch bezeichnend für die Situation, dass der Protest der ArbeiterInnen und der der Indigenen gegen die parallel verhandelten Gesetze wenig verbunden war. Jede „Gruppe“ kämpft getrennt für ihr Anliegen.

Der Gesetzesentwurf zum Zugriff auf die Biodiversität sollte durch einige Umformulierungen bestehender Regelungen den Zugriff der Industrie erleichtern: Bäuerliche Familienbetriebe sollten keine besonderen Rechte mehr erhalten, indem sie durch Begriffsänderungen einfach aus den Gesetzen rausgestrichen werden sollten, und die Beteiligung traditioneller Gemeinschaften an den Gewinnen aus Produkten aus ihrer Region sollte erheblich eingeschränkt werden. Vor allem im letzten Punkt konnten, so André Dallagnol von der Organisation *Terra de Direitos*, wichtige Veränderungen am

ursprünglichen Gesetzentwurf erreicht werden, sodass es zu einer breiteren Beteiligung an den Gewinnen kommen wird. Im Kern des Gesetzes steht nämlich der Zugriff auf das Wissen traditioneller Gemeinschaften um die Wirkung von bestimmten Pflanzen und auf das Saatgut. Im neuen Gesetz wird genauer als zuvor definiert, welches Saatgut schützenswert ist und welches nicht und was als Biopiraterie zu definieren ist. Damit sind theoretisch auch Vorteile verbunden, allerdings ist auch die Industrie dafür, da sie „mehr Sicherheit für Forschung und Investitionen“ möchte, so Elisa Romano von der *Confederação Nacional da Indústria*. Das aktuelle Gesetz wird von Unternehmen und Regierungen überwiegend als zu unklar angesehen, was die Rechtssicherheit angeht. Insofern wird mit der klareren rechtlichen Regelung die „wilde“ Biopiraterie eingedämmt, und die legale Biopiraterie erhält sicherere Bedingungen. Das Gesetz mit dem Namen PLC 002/2015 war bereits im Juni 2014 auf den Weg gebracht worden, hing aber in den Beratungen fest. Unabhängig davon, ob in der endgültigen Abstimmung am 27. April die 15 vorgesehenen Änderungen angenommen oder ganz beziehungsweise teilweise abgewiesen werden, wird das Gesetz den Weg für eine weitere Zerstörung und Inwertsetzung der größten vorhandenen Regenwaldregion ebnen. Die traditionellen Gemeinschaften und Indigenen oft in sehr abgelegenen Gegenden in der Amazonasregion, in großer Armut und mit wenig Infrastruktur leben. Dass sie ihre gesetzlich garantierten Rechte umfassend geltend machen können, ist kaum zu erwarten, wenn man die ungleichen Machtverhältnisse in Betracht zieht wie die Verfügung über Anwälte, Rechtskenntnisse und bewaffnete Milizen, den Zugang zu Polizei und Gerichten, Lobbying und Korruption. Brasilien ist nach wie vor das Land mit der höchsten Mordrate an Umweltschützern weltweit. Von den sprichwörtlichen *pistoleiros* werden nur zwei Prozent gefasst, der Rest geht straffrei aus.

Dennoch hatte sich gegen das Gesetzesprojekt eine breite Allianz von mehr als 100 Organisationen zusammenschlossen, darunter Via Campesina, die Landlosenorganisation MST, der *World Wildlife Fund* und der CNS (*Conselho Nacional das Populações Extrativistas*). Dass überhaupt so viele Änderungen vom Senat angenommen wurden, betrachten die Organisationen als Erfolg – dies zeigt, dass die Industrie in ihrer *Coalizão Probiobiodiversidade* sich auch gerne als ökologisch präsentiert, solange der Kern des Gesetzes nicht angetastet wird. 1500 Indigene hatten für mehrere Tage ein Protestcamp in Brasília eingerichtet, um ihren Protest an die Öffentlichkeit zu tragen. Dass die von dem neuen Gesetz Betroffenen zu den verwundbarsten und ärmsten Teilen der Bevölkerung in Brasilien gehören, erschwert die breite Mobilisierung in einem der flächenmäßig größten Staaten der Erde. Die oft verkehrstechnisch schlecht erschlossenen Gebiete im Amazonas machen die Anreise in die weit entfernte Hauptstadt nicht gerade einfach. Man muss wohl kaum hinzufügen, dass das Gesetzesprojekt 002/2015, das vor allem die Indigenen und traditionellen Gemeinschaften betrifft, nicht in Abstimmung mit ihnen erarbeitet wurde.

Wie bereits im Gesetz *Código Florestal* im Jahr 2012 (vgl. Beitrag in dieser ila) ist auch im jetzigen Gesetz zur Biodiversität eine Amnestie für Unternehmen vorgesehen, die Gesetzesverletzungen begangen haben. Durch die Amnestie wird eine ganze

Reihe von millionenschweren Klagen der Umweltbehörde IBAMA gegen Unternehmen einfach ausgehebelt. Ein weiterer Punkt ist, dass im Gesetzentwurf statt von indigenen „Völkern“ (*povos*) von indigenen „Bevölkerungen“ (*populações*) die Rede ist. Mit diesem unwichtig erscheinenden Detail vermeidet es die Regierung, sich an die Konvention 169 der ILO zu halten, die sie ratifiziert hat. Diese bezieht sich eben nicht auf indigene „Bevölkerungen“, sondern auf indigene „Völker“. Dies war einer der Punkte, in dem auch im Senat keine Änderung des Gesetzentwurfs möglich war. Weiterhin sieht das Gesetz vor, dass Forschungen von Unternehmen keiner Genehmigung durch die Behörden bedürfen, sie müssen lediglich angemeldet werden, werden aber nicht geprüft, wie Mauricio Guetta vom Instituto Socioambiental betont.

Der Angriff von Agrobusiness, Pharma- und Kosmetikindustrie ist, wie gesagt, nicht auf dieses Gesetz beschränkt. Dass die Gebiete der Reservate neu vermessen werden sollen, verdeutlicht, dass neue Verwertungsinteressen für natürliche Ressourcen bestehen. Hinzu kommt die Planung von mehr als 150 Wasserkraftwerken im Amazonasgebiet in Kolumbien, Peru, Ecuador und Brasilien – ein großer Teil davon in Brasilien. 75 Prozent der elektrischen Energie in Brasilien stammt aus Wasserkraft. Mit den Wasserkraftwerken folgen auch andere Industrialisierungsprojekte. So plant das kanadische Konsortium Belo Sun eine industrielle Erschließung von Goldvorkommen nahe dem Megastaudamm Belo Monte und nahe von indigenen Reservaten. Die Verfügbarkeit von elektrischer Energie macht neue Bergbauprojekte attraktiver und im Amazonasgebiet locken neben den Ressourcen bisher wenig genutzter tropischer Pflanzen auch sehr viele unterschiedliche Rohstoffe. Bereits die Vertreibung von etwa 30 000 Familien durch den Bau des Belo-Monte-Staudamms hat die Marginalisierung der ehemals dort ansässigen Bevölkerung beschleunigt, da die Mehrzahl sich bereits in Trabantsiedlungen der mittlerweile auf 100 000 EinwohnerInnen angewachsenen Stadt Altamira aufhält. Bei der Umsiedlung wurden auch entgegen den Versprechungen bei der Planung viele Familien und Gemeinschaften räumlich auseinandergerissen und in verschiedenen Siedlungen untergebracht. Die Kolonisierung der ländlichen Gebiete Brasiliens, die vor einigen Hundert Jahren begonnen hat, geht Hand in Hand mit der Proletarisierung der letzten noch in Subsistenzwirtschaft lebenden Gemeinschaften weiter. Zugleich untergräbt die Form der Industrialisierung ihre eigene Grundlage – der Wassermangel in der am meisten industrialisierten Region um São Paulo ist nur der Vorbote der schleichenden ökologischen Krise.

Am 28. April wurde das Gesetz zur Biodiversität verabschiedet. Die Hälfte der von den sozialen Bewegungen geänderten Passagen, die der Senat übernommen hatte, wurde wieder zurückgenommen. Die Rücknahme betrifft vor allem verbindliche Regelungen dazu, dass im Fall von Forschungs- und Erschließungsprojekten repräsentative Organe der indigenen Völker konsultiert sowie verbindliche Regelungen über die Beteiligung der traditionellen Gemeinschaften an Gewinnen vereinbart werden müssen. Damit gibt es weniger Rechtssicherheit und Beteiligung an der Planung für die Bevölkerungen, in deren Umgebung natürliche Ressourcen erschlossen werden sollen. ■

# Ein Gesetz für Pharma-, Kosmetik- und Agroindustrie

Offener Brief von Organisationen indigener Völker, traditioneller Gemeinschaften  
und bäuerlicher Familienbetriebe



**Während des Layouts dieser Ila entschied das brasilianische Parlament am 27. April 2015 über das Gesetzesprojekt N. 7735 /2014, das den Zugang und die ökonomische Ausbeutung der Biodiversität sowie des damit verbundenen traditionellen Wissens über genetische Ressourcen regulieren soll. (vgl. vorangehenden Beitrag „Angriff des Agrobusiness auf den Amazonas“). In einem offenen Brief, den wir auszugsweise dokumentieren, erklären 93 Organisationen indigener Völker, traditioneller Gemeinschaften, bäuerlicher Familienbetriebe sowie NRO ihre Position zu diesem Gesetzesprojekt.**

In dieser Situation der Bedrohung der Existenz der indigenen Stämme und traditionellen Gemeinschaften weisen wir die Gesellschaft und die Bundesregierung darauf hin, dass die repräsentativen Organisationen der Völker und Gemeinschaften vereint und entschlossen sind, für die Verteidigung ihrer historisch erstrittenen Rechte zu kämpfen. Im Fall des Gesetzesprojektes N. 7735 /2014, mit dem die Restriktion und Ausbeutung unserer Rechte beabsichtigt wird, weisen wir die Entscheidung der Exekutive zurück, uns von der Vorbereitung des Gesetzes auszuschließen. Es gab keine Diskussion oder Konsultation zu diesem Gegenstand, was die ILO-Konvention 169 verletzt, die Konvention über Biologische Diversität (CBD), den Internationalen Vertrag über genetische Ressourcen für Lebensmittel und Landwirtschaft (ITPGRFA) sowie die brasilianische Bundesverfassung.

Daher nehmen wir hiermit gegen dieses Gesetzesprojekt Stellung als ein Instrument, das nur der Pharma-, Kosmetik- und Agroindustrie nützt, das die Biodiversität und das damit verbundene traditionelle Wissen um genetische Ressourcen bedroht. Das Gesetzesprojekt gefährdet ebenfalls bereits begonnene Strukturpolitiken zur Herstellung von Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität. Wir glauben auch, dass dieses Gesetz es möglich macht, dass Biopiraterie legal wird.

Das Gesetz amnestiert historische Verletzungen des Zugangs zu traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen, schließt jede Möglichkeit der Überprüfung ökonomischer Aktivitäten in diesem Bereich aus, und es verletzt Rechte, die bereits durch die brasilianische Gesetzgebung garantiert werden:

- 1.) In Bezug auf Zugang zu genetischem Kollektivgut und traditionellem Wissen:
  - a.) verhindert das Gesetz das Vetorecht von Völkern und traditionellen Gemeinschaften in Form von Prozessen der freien, vorgängigen und informierten Zustimmung (FVIZ-Prozesse) (...)
  - d.) erlaubt es nationalen und internationalen Unternehmen Zugang zu und Erforschung von brasilianischem geni-

schenen Kollektivgut und damit verbundenen traditionellen Wissensressourcen ohne Kontrolle und Aufsicht und erlaubt zum Beispiel den Zugang von ausländischen Unternehmen zu Saatgutbanken.

- 2.) In Bezug auf die Teilhabe an Gewinnen:
  - a.) Das Gesetz sieht vor, dass nur Endprodukte von der Verteilung der Gewinne und der Teilhabe an den Gewinnen betroffen sein sollen, was Zwischenprodukte ausschließt.
  - b.) Das Gesetz beschränkt die Teilhabe an Gewinnen auf Fälle, in denen das genetische Kollektivgut oder das traditionelle Wissen als Hauptbestandteile der Wertschöpfung des Produkts bezeichnet werden. (...)
  - f.) Das Gesetz überlässt es der ausschließlichen Entscheidung von nationalen und internationalen Unternehmen, wie sie Teilhabe an Gewinnen in Fällen des Zugangs zu genetischem Kollektivgut oder damit verbundenem traditionellen Wissen um genetische Ressourcen verwenden, regeln.
  - g.) Das Gesetz nimmt sehr kleine und kleine Unternehmen von der Teilhabe an Gewinnen aus.
  - h.) Das Gesetz schließt die ökonomische Ausbeutung von genetischem Kollektivgut und dem damit verbundenen traditionellen Wissen um genetische Ressourcen im Bereich von Nahrung und Landwirtschaft von der Teilhabe an Gewinnen aus.
- 3.) In Bezug auf Definitionen:
  - a.) ersetzt das Gesetz den Begriff „Völker“ durch „Bevölkerung“ im Fall von indigenen Völkern;
  - b.) ersetzt das Gesetz den Begriff „bäuerliche Familienbetriebe“ durch „traditionelle Bauern“, was dem Gesetz 11.326/2006 widerspricht;
  - c.) deklassifiziert das Gesetz die Definition von zu bestimmten Regionen gehörendem Saatgut, wie es im Gesetz 11.326/2006 definiert ist; (...)

Angesichts des Dargelegten verlangen die indigenen Völker, Stämme, traditionellen Gemeinschaften und bäuerlichen Familienbetriebe in Brasilien, dass sich die Bundesregierung einschaltet und das oben dargelegte Szenario abwendet und dass die schwerwiegenden Fehler des Gesetzesprojektes N.7735 /2014 korrigiert werden.

Wir erklären, dass wir das undemokratische Verhalten der Bundesregierung und ihren politischen Einsatz für die Interessen der Unternehmen in Bezug auf die Enteignung von Biodiversität, Agrobiodiversität und das damit verbundene traditionelle Wissen um genetische Ressourcen nicht weiter tolerieren werden.

Abschließend betonen wir noch einmal unsere Entschlossenheit, weiterhin vereint zu mobilisieren, und dass wir auf den permanenten Kampf für die Verteidigung der Gerechtigkeit und unserer Rechte vorbereitet sind.

Brasilia, 27. Februar 2015